bnr.de
blick nach rechts

17. September 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 19/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Konkurrenzkampf 2

Zur Bundestagswahl tritt die rechtsextreme NPD flächendeckend an. Neben ihr kandidieren im Rechtsaußen-Spektrum noch die DVU und die Republikaner.

Vom Osten in den Norden 3

Nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen will die NPD den Wahlkampf in Schleswig-Holstein nun energischer führen.

Braune Subkultur 4

Das „Fest der Völker" im thüringischen Pößneck entpuppt sich als europäisches Neonazi-Skinhead-Treffen – bei den Zopf- und Scheitelträgern aus dem national-völkischen Milieu hat es wenig Anklang gefunden.

Stationäre Kundgebung 6

Der „Nationale Antikriegstag" der Neonazis war in diesem Jahr eher ein Misserfolg.

Illustre Truppe 7

Bei der „Bürgerbewegung pro Deutschland" finden sich zahlreiche frühere Funktionäre und Mandatsträger der Republikaner.

Heß-Verherrlichung 8

Geschichtsverleugnende Webpräsenz aus dem NPD-Umfeld wird nach zwei Jahren aus dem Verkehr gezogen – die Seite ist auch als Werbefläche für Veranstaltungen genutzt worden.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 9

Praktizierte Solidarität 9

Die bulgarische Bevölkerung hat sich hinter ihre verfolgten Landsleute gestellt und damit zigtausenden Jüdinnen und Juden das Leben gerettet.

„Brutales Vorgehen" 10

Eine Ausstellung dokumentiert die Verbrechen der Wehrmacht in Polen.

MELDUNGEN 11

Konkurrenzkampf

Zur Bundestagswahl tritt die rechtsextreme NPD flächendeckend an. Neben ihr kandidieren im Rechtsaußen-Spektrum noch die DVU und die Republikaner.

So viel Auswahl rechtsaußen gab's elf Jahre lang nicht mehr. Wenn am 27. September 62 Millionen Bundesbürger die Möglichkeit haben, die Zusammensetzung des neuen Bundestags zu bestimmen, stehen – abgesehen von Gruppierungen, die sich im kaum mehr messbaren Promillebereich bewegen dürften – gleich drei extrem rechte Parteien zur Wahl. Und alle behaupten, *die* Rechte zu sein – wenn auch mit unterschiedlichen Attributen. Wahlweise als Deutschlands „starke Rechte" oder „echte Rechte" tritt die NPD an, als „neue Rechte" die DVU, als „demokratische Rechte" und versehen mit dem Hinweis „garantiert verfassungstreu – ohne Extremismus!" die Republikaner.

1998, als die drei Parteien zuletzt gegeneinander konkurrierend antreten – und außer REP, NPD und DVU auch noch der Bund freier Bürger und Pro DM –, kamen alle Rechtsaußenparteien zusammen auf 4,4 Prozent. Diesmal dürfte unterm Strich deutlich weniger für dieses Spektrum zu holen sein: Die Meinungsumfragen jedenfalls sagen für alle „sonstigen" Parteien gerade einmal insgesamt zwischen vier und sechs Prozent voraus. Tatsächlich hat keine der extrem rechten Parteien die Chance, auch nur in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde zu gelangen. Wichtiger ist für sie die Frage, wer im rechtsinternen Wettlauf die Nase vorne hat und wer in den nächsten vier Jahren wie viel Geld aus öffentlichen Kassen einstreichen kann. Und für die DVU dürfte sich spätestens am Wahlabend die Frage stellen, ob sie als Partei überhaupt eine Zukunft hat, nachdem ihr Gründer und langjähriger Vorsitzender Gerhard Frey die Lust an dem Instrument verloren hat und seine Nachfolger es bislang nicht geschafft haben, eine echte Partei mit funktionsfähigen Strukturen und vorzeigbarem Personal aufzubauen.

Vorne in dem rechtsinternen Rennen sieht sich die NPD, die im Übrigen – nach der Piraten-Partei – mit einem Durchschnittsalter von 44,3 Jahren die zweitjüngste Kandidatenriege aller Parteien ins Rennen schickt. Sie steht in sämtlichen 16 Bundesländern zur Wahl. Und nicht nur das: Sie tritt in immerhin 293 der 299 Wahlkreise auch mit Direktkandidaten an. Das hat zwar zunächst einmal keinen Einfluss auf das Wahlergebnis, zeigt aber, dass die Partei von Udo Voigt fast flächendeckend in der Lage ist, sich auf eine bundesweite Wahl vorzubereiten. Nur der seit vielen Jahren schwächelnde nordrhein-westfälische NPD-Landesverband fällt dabei aus dem Rahmen. Er schaffte es nicht, im gesamten Bundesland Bewerber für alle Wahlkreise zu nominieren. Sechs der 64 Wahlkreise in NRW blieben unbesetzt.

Doch das ist ein Luxusproblem im Vergleich zur Situation der Republikaner und der DVU. Die REP werden gleich in fünf Bundesländern gar nicht erst auf den Stimmzetteln stehen: in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und dem Saarland. Mit Direktkandidaten treten die Republikaner lediglich in 15 Wahlkreisen an, davon sechs in Bayern und fünf in Hessen. Die DVU verzichtet komplett auf Wahlkreiskandidaten. Zu dünn ist die Personaldecke, zu knapp war aber auch die Zeit, da die Partei erst nach dem Bruch des „Deutschland-Pakts" durch die NPD Mitte Juli entschied, bei der Bundestagswahl anzutreten. Auch ihre Landeslisten sind sehr knapp gehalten. Keine enthält mehr als fünf Namen. Die in Baden-Württemberg besteht gar nur aus Michaela Schmidinger, der stellvertretenden Landesvorsitzenden in Bayern und Kreisvorsitzenden in München, die in der Parteizentrale bis vor kurzem für die Mitgliederbetreuung zuständig war. Wie die Republikaner tritt auch die DVU nicht in allen Bundesländern an. Teils freiwillig, teils offenbar notgedrungen, verzichtete sie auf die Kandidatur in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und dem Saarland.

Ihre offenbar äußerst knappen Ressourcen konzentriert die DVU auf Brandenburg, wo sie wegen mangelnder eigener Kraft und der Konkurrenz durch die NPD bei der ebenfalls am 27. September stattfindenden Landtagswahl ihre letzten Abgeordneten zu verlieren droht. Zwar ist es eher unwahrscheinlich, dass die NPD die DVU beim Kampf um die Mandate im Potsdamer Landtag beerben wird: Umfragen taxieren beide Parteien zusammen auf lediglich vier Prozent. So oder so dürfte die NPD am Wahlabend aber einem Ziel näher gekommen sein: der Ausschaltung der DVU.

Tomas Sager

Vom Osten in den Norden

Nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen will die NPD den Wahlkampf in Schleswig-Holstein nun energischer führen.

„Sei kein Esel – Wähl' NPD!“: In Schleswig-Holstein hat die NPD den Wahlkampf aufgenommen. Mitte August konnten die Spitzenkandidaten Uwe Schäfer und Jörn Lemke schon verkünden: „Wir treten zu dieser vorgezogenen Landtagswahl an“. In den nächsten Wochen würde die NPD „dem Bürger verdeutlichen, dass lediglich eine starke nationale Opposition im Landtag den volksfeindlichen Parteien kräftig auf die Finger klopfen kann“, betonte Lemke. Große Aktionen folgten trotz dieser selbstbewussten Statements bisher kaum.

Keine Überraschung – der NPD-Landesverband um den Landesvorsitzenden Schäfer musste sich nach der Aufkündigung der Großen Koalition erst einmal in Wahlkampfstellung bringen. Plötzliche Wahlen sind für kleinere Parteien eine besondere Herausforderung. Im Norden hatte sich der Verband mit seinen 240 Mitgliedern zuvor nur auf die Bundestagswahlen eingestellt. Die neu layouteten Plakate mit den alten Botschaften: „Heimreise statt Einreise“ oder „Vaterland, Muttersprache, Kinderglück“, waren aber dennoch kaum an Laternenmästen zu sehen. Der Grund: Die NPD-Bundesführung hatte entschieden, Kräfte und Finanzmittel auf die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu konzentrieren.

Dieser Linie des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt folgt Uwe Schäfer. Der 71-Jährige steht treu zum Vorsitzenden. In Thüringen haben die Schleswig-Holsteiner so auch den Wahlkampf unterstützt. Schäfer selbst verteilte Wahlkampfzeitungen. Thomas Wulff, der in Schleswig-Holstein für die NPD zur Bundestagswahl antritt, war mit vor Ort. Aus Kiel halfen ebenso die „Freien Kräfte“ mit.

Nach der Wahl in Sachsen und Thüringen scheint nun der Landesverband den Wahlkampf energischer führen zu wollen. Das „NPD-Infomobil“, ein Wohnmobil verziert mit dem NPD-Slogan: „Arbeit zuerst für Deutsche“, sei gleich vom Osten in den Norden unterwegs, erklärt der Verband. Vor Ort wollen sie um die Wählergunst buhlen. Im Internet präsentieren sie sich teilweise auch neu. Websites wurden schnell erneuert. Ein Video ist zu sehen, in dem ein blondes Mädchen an einer Blume zupft und sagt: „Papa kriegt Arbeit, Papa kriegt keine Arbeit“, ein rüstiger Rentner stampft mit einem Gehstock auf den Boden und nuschelt: „Morgen werden ich ausgeraubt. Morgen werden ich nicht ausgeraubt“ und ein kerniger Bauer zieht an Halmen und fragt sich „Ich gebe meinen Hof auf, ich gebe meinen Hof nicht auf“. Nach einem Bild von der HSH-Nordbank erklärt Lemke: „Dieser Bank kann man nicht vertrauen“. Und der 30-Jährige verspricht: „Schluss mit den Unklarheiten (...) Nur mit der NPD im Parlament werden die Schweinereien aufgedeckt“. Die Wahlkampfthemen der extremen Rechten sind dabei wieder die Themen der Mitte. Den „Skandal“ um die HSH-Nordbank greift die NPD nicht nur im Video auf.

Zuspruch wegen der Krise der Banken

Schon zur Europawahl verteilte die NPD ein Flugblatt zu dem „Desaster“. „Chaos und Unvermögen, während Manager und Politiker kassieren und die Bürger bezahlen sollen“, heißt es und weiter: „Der abgehalfterte Innenminister Ralf Stegner will im HSH-Aufsichtsrat nichts gemerkt haben (...) Die Aufsichtsratsposten sind zu parteipolitischen Erbpachthöfen verkommen“. Tonfall und Feindbilder, die nicht nur am Stammtisch ankommen dürften. Glaubt man der NPD, würden sie bei den laufenden Wahlaktionen von Infoständen, Wahlzeitungs- und Flugblattverteilungen gerade wegen der Krise der Banken auf Zuspruch stoßen.

Ein Coup gelang der NPD bereits: Ein Parteimitglied hatte sich bei der Freien Union der ehemaligen CSU-Landrätin Gabriele Pauli eingeschlichen und kam auf die Landesliste. Vor der Wahlzulassung informierte die NPD den Landeswahlausschuss. Die Folge: Die Zulassung der Freien Union scheiterte. „Dank der NPD“, frohlockte die rechtsextreme Partei, die sich so eines möglichen Konkurrenten entledigte.

Nach einer aktuellen Umfrage von Infratest Dimap liegen die „Sonstigen“ zusammen bei vier Prozent. Im Norden dürfte die NPD am Wahlabend zufrieden sein, wenn sie ihr Ergebnis von 2005 halten könnte: Rund 1,9 Prozent. Allerdings: Mehr als nötig, um wieder Steuergelder zu gewinnen.

Andreas Speit

Braune Subkultur

Das „Fest der Völker" im thüringischen Pößneck entpuppt sich als europäisches Neonazi-Skinhead-Treffen – bei den Zopf- und Scheitelträgern aus dem national-völkischen Milieu hat es wenig Anklang gefunden.

Tattoos, Glatzen und Hardcore-Parolen – das war der erste Eindruck vom neonazistischen „Fest der Völker" im thüringischen Pößneck. Hinter hohen Absperrgittern tummelten sich am 12. September nur rund 500 zahlende Gäste auf dem Hinterhof des „Schützenhofes" von Jürgen Rieger. Der vom „Freien Netz" um Thomas Gerlach sowie von den Jenaer Altkadern Andre Kapke und Ralf Wohlleben organisierte Konzert-Event blieb damit weit hinter den Besucherzahlen der letzten Jahre und auch den Veranstaltungen in Gera und Arnstadt zurück. Auch konnte die Neonazi-Veranstaltung in der Straße des Friedens keinerlei Außenwirkung geltend machen. Zwei Blockaden junger thüringischer Nazigegner und Gewerkschafter machten den Zutritt umständlich. Einige einheimische Familien flanierten an der Absperrzone vorbei, trauten sich jedoch nicht auf das hermetisch abgeriegelte Gelände. Das Erscheinungsbild des „Fests der Völker" entsprach weniger dem Ideal des NS-Vorbildes von Leni Riefenstahl, „Olympia – Fest der Völker", als einem europäischen Neonazi-Skinhead-Treffen.

Obwohl die alte Industriestadt im Südosten des Bundeslandes sich offiziell bunt herausgeputzt hatte und eine „Meile der Demokratie" in der Innenstadt ausrichtete, beteiligten sich nur wenige Einheimische am Protest gegen das Treiben im Schützenhaus. Zu sehr scheinen sich viele mit dem Neonazi-Treffpunkt oberhalb des Stadtzentrums abgefunden zu haben. Riegers Immobilie konnte sich in Pößneck etablieren. Dort wohnen alltags wie an den Wochenenden junge Neonazis, sie werkeln an dem riesigen Gebäude herum oder feiern.

Bewacht von einem vielköpfigen Ordnerdienst des „Freien Netzes", mit Anhängern aus Sachsen-Anhalt und Sachsen, fanden sich ab Samstagmittag die Gäste ein. Sie reisten vor allem aus den neuen Bundesländern, wenige aus Rheinland-Pfalz, Berlin oder Hessen, aus Österreich, Tschechien, Ungarn, Schweden, Spanien, der Schweiz, Bulgarien, Estland und Zypern an.

Zwei TV-Teams des MDR konnten nur für fünf Minuten zwischen den Verkaufsständen, Bierbude und Wurststand filmen. Ansonsten wurden die Medien hinter die Absperrung verbannt, Aufnahmen waren schwierig, da sich Ordner in den Weg stellten oder Transparente die wenigen Einblicke noch verdeckten. Anti-Antifa Kapke, der auf Neonazi-Demonstrantionen seit Jahren Gegendemonstranten ablichtet, versuchte, Druck auf die Polizei auszuüben, drohte mit Unruhe bei seinen Gästen, wenn unbequeme Journalisten zu nahe kämen. Eine Zeitlang wirkte die Einsatzleitung der Polizei verunsichert. Journalisten, nicht Neonazis hatten sich zurückzuziehen. Anderen wurde untersagt, zu filmen oder zu fotografieren. Es dauerte über eine Stunde und bedurfte einigen Protestes, bis wieder unter widrigen Umständen von außen dokumentiert werden konnte.

Laut Neonazi-Angaben sprach als erster internationaler Redner Milan Szeth aus Ungarn, danach Pascal Trost aus der Schweiz, der mit einigen Anhängern unter anderem mit der Kennzeichnung „Division Helvetia" angereist war. Matthias Fischer vom „Freien Netz Süd" aus Bayern machte mit seinen Leuten Werbung für einen erneuten Aufmarsch im fränkischen Gräfenberg.

„Nationalisten kaufen bei Nationalisten"

Ein riesiges Transparent mit der Aufschrift „Europe awake" schmückte die Bühne. An den Wänden der Außengebäude hingen Parolen wie „Ein Gruß in alle Haftanstalten, wir werden immer zu Euch halten", „Südtirol ist nicht Italien" oder „Jugend braucht Perspektiven – Für die Schaffung nationaler Jugendzentren". Letzteres Transparent stammt von Aktivisten aus dem Raum Berlin, die sich „Vereinte Nationalisten Nordost" nennen. Die NPD war mit einem kleinen Tisch am Rande der Veranstaltung vertreten, Funktionäre der Partei, die jüngst in Thüringen bei den Landtagswahlen mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, waren nicht zu sehen. Auch Jürgen Rieger hatte anderes zu tun. So organisierte er am Freitag zuvor einen kleinen Neonazi-Aufzug mit 90 Teilnehmern gegen das alternative Schanzenfest in Hamburg, stieß allerdings in der Hansestadt auf breiten Protest. Noch ganz aufgebracht wegen der massiven Gegenreaktionen, ließ er bei seinem Besuch der NPD-Demonstration am folgenden Tag in Hannover seiner Wut immer wieder freien Lauf, wie Medienvertre-

ter berichteten. Cholerisch soll der Immobilienmillionär in Richtung Gegendemonstration geschrien und sich vor den Kameras aufgeplustert haben.

Es war wohl kein Zufall, dass das „Fest der Völker“ in Pößneck weder von ihm noch von der NS-Szene bundesweit besonders aufgenommen wurde. Den größten Teil der Besucher schienen die ausländischen Gäste zu stellen. Auf dem Innenhof wirkten Männer mit auffälligen Tattoos und Glatzen sowie Old-School-Skingirls in der Überzahl. Immer wieder war irgendwo „Arische Bruderschaft“, „Jungs für’s Grobe“ oder „Supporter“ zu lesen. Kenner der Szene ordnen einen Teil der Besucher in die Nähe des in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen internationalen neonazistischen „Blood&Honour“-Netzwerkes ein. Andere ähnelten den ehemaligen Berliner Nazi-Rockern „Vandalen“ oder trugen Lederwesten mit der Kennung „Wolfs Hook Brotherhood“. Einer machte Werbung für einen „Sniper-Shop“ in Tschechien. „Fuck Israel“ war zu lesen. Manche brüsteten sich als Teilnehmer des „Salem“-Marsches in Schweden 2007 oder mit einem „Berserker-Treffen“ vom vergangenen Jahr.

Dreijähriges Mädchen im Szene-Shirt mit „Blood&Honour“

„Nationalisten kaufen bei Nationalisten“ – diese ökonomische Strategie aus den Reihen von NPD und Freien Kräften scheint Anklang zu finden. Denn fast alle waren sie in Pößneck nur in Szene-Marken wie Pit Bull, Doberman, Masterrace oder Erik & Sons gekleidet. „Keine Gnade“, „Terror Terror Terror“, „Spezialist für Körperverletzung“ oder ein am Galgen zappelnder Mensch mit der Überschrift „Dancing in the Air“ war auf der Bekleidung zu lesen. Eine große Gruppe von Teilnehmern trug bayerische Lederhosen und einheitliche Hemden mit der Aufschrift „Südtirol bleibt deutsch“, sie fielen damit ins Auge. Immer wieder war auch „Ian Stuart“ oder „Skrewdriver“ zu lesen. Unter den kleinen Gruppen Autonomer Nationalisten trugen einige bunte Ringelpullover, andere fotografierten vom Gelände aus die nahe antifaschistische Kundgebung.

Eine junge Mutter im Renee-Look hatte auf ihrem Shirt „N.A.Z.I“ stehen („Natürlich; Anständig; Zuverlässig; Intelligent“). Während sie Medienvertretern außerhalb des Veranstaltungsortes aggressiv den Stinkefinger zeigte, trug sie ihre kleine, scheinbar verängstigte Tochter auf dem Arm – auch das etwa dreijährige Mädchen im Szene-Shirt, mit „28“-Aufdruck für „Blood&Honour“.

„Spezialist für Körperverletzung“

Rechtsrock-Bands wie „Verszerzödes“ aus Ungarn oder „Rotte Charlotte“ aus Mönchengladbach wechselten sich mit weiteren Rednern wie Varenus Luckmann aus Schweden, dem radikalen Bojan Rassate aus Bulgarien, Enrique Valls aus Spanien, dem Prager Patrik Vondrak oder der Britin Nina Brown von der „British National Party“ ab. Brown berichtete über kommunale Erfolge ihrer Partei und den Einzug ins Europa-Parlament. Sie ließ sich von einem „Freien Netz“-Aktivisten übersetzen. Luckmann kam als Vertreter der schwedischen „Autonomen Nationalisten“, Landsmann Dan Eriksson stand für die „Nationaldemokraterna Ungdorm“, einer Partei-Jugendorganisation. Er soll Angaben der Szene zufolge alltägliche Repressionen gegen Nationalisten angeprangert und gefordert haben, „sich gegen diese endlich auch aktiv zur Wehr zu setzen“. Der Bulgare Rassate, Chef der „Balgarski Nationalen Sajuz“ (BNS) gilt als fanatischer Antiziganist. In Südosteuropa, vor allem in Ungarn, ist es in letzten Monaten zu grausamen Überfällen und rassistisch motivierten Mordserien an Roma-Familien gekommen. Auch „Kolovrat“, das Label einer Moskauer Hardcore-Naziband, war zu lesen. Allein 2007 waren in Russland 67 Menschen von extremen Rechten getötet und 550 andere verletzt worden.

Auf dem Festgelände tummelte sich auch ein früherer „Einheitsführer“ einer in der Bundesrepublik verbotenen Neonazi-Organisation. Ragnar Dam, ehemaliger Student aus Greifswald und Funktionär bei der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ war mit Freundin aus Hessen angereist. Insgesamt aber schien das international anmutende „Fest der Völker“ gerade bei den Zopf- und Scheitelträgern aus dem national-völkischen Milieu auf keinen großen Anklang zu stoßen. Unter einheimischem Brauchtum und Kultur verstehen sie wohl etwas anderes.

Andrea Röpke

Stationäre Kundgebung

Der „Nationale Antikriegstag" der Neonazis war in diesem Jahr eher ein Misserfolg.

Schritt für Schritt haben Dortmunds Rechts-„Autonome" daran gearbeitet, ihren „Nationalen Antikriegstag" im Terminkalender der extremen Rechten zu etablieren. 240 „Kameraden" kamen Anfang September 2005 zum ersten Aufmarsch, 340 waren es im Jahr darauf, knapp 500 wiederum ein Jahr später. Im vorigen Jahr wurden rund 1200 Teilnehmer gezählt. Diesmal sollten es eigentlich noch mehr werden. Doch es kam anders. Am Ende waren es nur rund 700 Neonazis, die in Dortmund aufliefen. Und nicht nur quantitativ mussten die Veranstalter rund um Dennis Giemsch, dem „Kopf" der „Autonomen Nationalisten" in der Ruhrgebietsstadt, einen Rückschlag hinnehmen. Auch die Stimmung ließ aus ihrer Sicht zu wünschen übrig. Schon nach zwei Stunden Programm musste Versammlungsleiter Christian Worch das Fußvolk ermahnen, doch noch durchzuhalten und keine „Auflösungserscheinungen" zu zeigen.

Enttäuscht waren die Neonazis vor allem, weil sie – anders als in den vier Jahren zuvor – nicht durch die Dortmunder Straßen ziehen durften und ihr „Antikriegstag" statt dessen auf eine stationäre Kundgebung weitab von der City in Hafennähe reduziert worden war. Eigentlich hatte Polizeipräsident Hans Schulze nach den Erfahrungen des 1. Mai, als Neonazis die örtliche DGB-Demonstration zum Tag der Arbeit attackiert hatten, die Veranstaltung komplett verbieten wollen. Unter anderem hatte er sich in seiner Verbotsverfügung auf die Militanz der „Autonomen Nationalisten" gestützt. Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht waren seiner Argumentation gefolgt. Doch das Bundesverfassungsgericht hob das Verbot auf. Zum Marsch durch die Stadt kam es dennoch nicht, weil Schulze per Auflage die Veranstaltung auf eine stationäre Kundgebung beschränkte.

Dass sie überhaupt stattfinden konnte, hatten die Neonazis im Vorfeld nicht zuletzt mit einem taktischen Schachzug zu erreichen versucht. Sie tauschten den Versammlungsleiter aus. Giemsch gab diese Aufgabe „aus rein persönlichen Gründen", wie Worch sagte, ab. Der Hamburger Neonazi übernahm und präsentierte sich vor den Gerichten als Versammlungsleiter, der in der Vergangenheit stets für einen problem- und gewaltfreien Verlauf von Demonstrationen gesorgt habe. Vor dem Bundesverfassungsgericht hatte er damit am Ende Erfolg. In der ihm eigenen Arroganz fragte Worch am Tag nach der Kundgebung auf „Altermedia": „Wer außer mir hätte dieses Verfahren vor dem Verfassungsgericht gewinnen sollen?" Und ganz nebenbei war es ihm mit seinem Einsatz für die Dortmunder Rechts-„Autonomen" gelungen, seinen Ruf in Neonazikreisen wieder etwas aufzupäppeln, der durch sein Engagement für die DVU arg in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

In seiner Rede – erwartungsgemäß die längste des Tages – beschränkte sich Worch dann auch nicht darauf, ausführlich den „Rechtskampf" gegen das Verbot nachzuzeichnen, sondern sang auch noch ein Loblied auf die „Autonomen Nationalisten". Für die inhaltlichen Aussagen – antiamerikanisch, antiisraelisch und antisemitisch wie in den Vorjahren - waren die anderen Redner aus Tschechien, Belgien, Bulgarien, Russland und den Niederlanden zuständig. Jubel gab's auch für den von einem Sprecher verlesenen Redebeitrags eines Palästinensers: „Europäer und Araber vereint – gegen den gemeinsamen großen Feind", hatte er gefordert.

Wen sich die in Dortmund versammelten Neonazis dabei zum Vorbild nehmen, machte Giemsch deutlich, als er ankündigte, er wolle seine Rede „mit dem Zitat eines großen deutschen Politikers beenden": „Jede Niederlage kann zum Vater eines späteren Sieges werden. Jeder verlorene Krieg zur Ursache einer späteren Erhebung, jede Not zur Befruchtung menschlicher Energie, und aus jeder Unterdrückung vermögen die Kräfte zu einer neuen seelischen Wiedergeburt zu kommen, solange das Blut rein erhalten bleibt." Zu finden ist dieses Zitat in Adolf Hitlers „Mein Kampf".

Im kommenden Jahr sollen solche Töne nicht mehr nur auf einem Park-and-Ride-Parkplatz weit abseits der Innenstadt zu hören sein. Am 4. September 2010 werde es anders als diesmal wieder „einen großen Marschzug durch die Dortmunder Innenstadt" geben, versprach Worch. Genau darauf muss die lokale Neonaziszene setzen. Denn käme es anders und würde es auch im nächsten Jahr keine Demonstration geben, könnte ihr „Antikriegstag" als bundesweites Event doch wieder aus dem Neonazi-Terminkalender verschwinden.

Tomas Sager

Illustre Truppe

Bei der „Bürgerbewegung pro Deutschland" finden sich zahlreiche frühere Funktionäre und Mandatsträger der Republikaner.

In der rechtslastigen Wochenzeitung „Junge Freiheit" machte jetzt die 2005 gegründete „Bürgerbewegung pro Deutschland" auf sich aufmerksam. Sie stellte dabei in der ganzseitigen Anzeige auch ihre Führungsköpfe kurz vor. Laut Eigenangaben wird die „Bürgerbewegung" von Menschen getragen, „die sich darüber im klaren sind, dass jeder Versuch einer parteipolitischen Veränderung der Verhältnisse in unserem Land auf den energischen Widerstand einer politischen Klasse trifft, die abgewirtschaftet hat und sich gegen Konkurrenz auch mit unlauteren Mitteln abschottet". Auffällig ist, dass der „Bürgerbewegung" zahlreiche frühere Mandatsträger und Funktionäre der Republikaner angehören.

Geführt wird „pro Deutschland" von dem Verleger und „pro Köln"-Ratsmitglied Manfred Rouhs (Jg. 1965). Rouhs, vom Verfassungsschutz vor Jahren als „engagierter Rechtsextremist" eingestuft, startete seinen politischen Werdegang bei der Jungen Union. 1981 schloss er sich den Jungen Nationaldemokraten (JN) an, wurde JN-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, kandidierte für die NPD zum Bundestag, zog dann als Stadtrat der Republikaner in den Kölner Rat ein und landete später bei der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH).

Als stellvertretender Bundesvorsitzender amtiert der Gärtnermeister Alfred Dagenbach (Jg. 1947). Dagenbach, vormals Landtagsabgeordneter der Republikaner in Baden-Württemberg, ist Stadtrat der „Bürgerbewegung pro Heilbronn". In einem Leserbrief im „Focus" rühmte sich Dagenbach, dass er „lange Kontakt" zum einstigen Sturmbannführer der Waffen-SS Walter Reder gehabt hätte. Der Kriegsverbrecher ging als „Schlächter von Marzabotto" unrühmlich in die Geschichte ein.

Bundesschriftführerin von „pro Deutschland" ist Regina Wilden (Jg. 1946), Ratsmitglied von „pro Köln". Politisches Ziel der Hausfrau ist die Rückkehr zur „Normalität, ein Beiseiteschieben der Political Correctness und eine Wiederherstellung der freien Meinungsäußerung für alle, ohne dass dabei berufliche oder persönliche Nachteile zu befürchten sind". Das Amt des Schatzmeisters übt Tilmann Reichelt (Jg. 1940) aus.

Das Ressort Kommunalpolitik betreut Lars Seidensticker (Jg. 1973). Der gelernte Brauer und Mälzer wurde 2006 für die Freie Wählergemeinschaft in den Rat der Gemeinde Hambühren im Landkreis Celle gewählt. In einem Leserbrief in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung", dem Sprachrohr der Landsmannschaft Ostpreußen, schwadronierte der Ex-Republikaner 2007 über die „Lügenküche US-israelischer Kriegstreiber".

Der Rentner Friedrich Löffler (Jg. 1932) aus Wesseling bei Bonn leitet das Ressort Inlandskontakte. Löffler, einstmals im Bund freier Bürger tätig, gehört dem rassistischen Schutzbund für das Deutsche Volk an. In einem Artikel in „Nation&Europa" beklagte Löffler, Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik, dass „Deutschland überfremdet" werde. Für Auslandskontakte ist der gebürtige Wiener Michael Kucherov (Jg. 1963) zuständig. 2007 sprach er auf dem „Red, White and Blue Festival" der British National Party (BNP).

Peter Werner (Jg. 1937) war 2006 Mitbegründer von „pro München". Bei „pro Deutschland" obliegt ihm die Organisation. 2003 verlautbarte Werner in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme": „Egal, ob man Rot oder Schwarz wählt, es ist das gleiche Tier. Es frisst aus dem gleichen Trog, und hinten heraus kommt die gleiche deutschfeindliche Politik."

Der 1938 geborene Marketingfachmann Fred Steininger, zuletzt REP-Landtagskandidat in Baden-Württemberg, führt das Ressort Öffentlichkeitsarbeit. Steininger, Mitglied von „PRO Heilbronn", gehört dem Bezirksbeirat in Heilbronn-Frankenbach an. Bundespressesprecher ist Christian Perbandt (Jg. 1960), von Mai 2006 bis Februar 2007 niedersächsischer Landeschef der Republikaner. Der Landschaftsgärtner ist Gründer der „Bürgerbewegung pro Hannover".

Im Herbst 2010 will „pro Deutschland" mit dem Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus „den entscheidenden nächsten Schritt" tun. 4000 Unterstützer-Haushalte sollen vor Ort bereits vorhanden sein.

Anton Maegerle

Heß-Verherrlichung

Geschichtsverleugnende Webpräsenz aus dem NPD-Umfeld wird nach zwei Jahren aus dem Verkehr gezogen – die Seite ist auch als Werbefläche für Veranstaltungen genutzt worden.

Anfang September hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) die Rudolf Heß glorifizierende Website „46jahre" wegen Verherrlichung des Nationalsozialismus indiziert. Verantwortlich für die Seite ist der als „Blood&Honour"-Aktivist geltende Rechtsextremist Henrik Ostendorf. Verfassungsschützer sehen den Mitarbeiter beim NPD-Organ „Deutsche Stimme" als „Drahtzieher im internationalen Netzwerk zwischen NPD, NS-Skin-Milieu und der Hooliganszene". Henrik Ostendorf kündigte inzwischen an, die Website mit Veröffentlichung der BPjM-Entscheidung abzuschalten.

Werbung für „Rudolf-Heß-Lkw-Deutschland-Rundfahrt"

So endet nach zwei Jahren eine geschichtsverleugnende Webpräsenz aus dem NPD-Umfeld, die ein szenetypisches Zerrbild von Heß als „Friedensflieger" ohne Fehl und Tadel propagierte, der nach 46 Jahren Haft (daher auch der Seitenname) ermordet worden sein soll. Gestartet als Kampagnenseite zum 20. Heß-Todestag war sie Propagandaplattform für eine „Rudolf-Heß-Lkw-Deutschland-Rundfahrt", die Ostendorf mit Nils Larisch, einem „technischem Mitarbeiter" der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und Verbindungsglied zu Neonazis der westsächsischen Kameradschaftsszene, unternahm. Beide waren im Jahr 2007 mit einem LKW mit Heß-Konterfei und der Aufschrift: „Mord verjährt nicht" durch mehrere Bundesländer gefahren, bevor die Polizei in Hessen den braunen Spuk beendete.

„Friedensflieger" ohne Fehl und Tadel

In der Folge wurde die Website erweitert zur Werbefläche für Veranstaltungen unter dem Motto: „Von der Idee zur Initiative oder: Vom Lkw mit zwei Mann, zum Kleinbus mit 4 Mann Besatzung". Zusätzlich ergänzt mit dem Revisionisten und aktuellem NPD-Bundestagskandidaten Olaf Rose und dem „letzten Krankenpfleger von Heß", Abdallah Melaouhi kam es so zu zahlreichen Veranstaltungen, auf denen „Neben einer kurzen Vorstellung der ‚Rudolf-Heß-LKW-Deutschland-Rundfahrt' durch die beiden Initiatoren (…) Dr. Olaf Rose und Abdullah Melaouhi (der Krankenpfleger von Rudolf Heß) über das Leben und Sterben von Rudolf Heß im Spandauer Gefängnistrakt" referierten, hieß es in einer Szenebeschreibung. Weitere Einnahmen wurden über den Online-Verkauf von Devotionalien des braunen Heß-Kultes über den NPD-nahen DS-Versand (Riesa/Sachsen) erzielt.

„Mord verjährt nicht"

An der mündlichen Anhörung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien nahmen Ostendorf und Larisch, der Leipziger Rechtsanwalt Arndt Hohnstädter sowie das Referentenduo Olaf Rose und „Zeitzeuge und Buchautor" Abdallah Melaouhi teil. Online bekannt gemacht wurde die Indizierung über einschlägige Plattformen wie Thiazi, Altermedia und Rock Nord, über Blog- und Websites von Kameradschaften und Autonomen Nationalisten sowie über rechtsextreme Microblogs wie den Twittern von Rock Nord oder Fackelschein aus Senftenberg. Wenige Wochen zuvor propagierte die NPD über diverse Sites und Twitter anlässlich des Todestages von Heß die jetzt indizierte Verherrlichungsseite.

Einschlägig bekannter Neonazi aus den USA verdient am Szene-Merchandising

Ein weiterer Beleg für die NPD-Nähe der Website ist das Hosting auf dem Naweko-Server des saarländischen NPD-Vorsitzenden Franz Frank, der zahlreiche weitere NPD-Webpräsenzen beheimatet. Das ursprünglich auf Ostendorf lautende Impressum der Heß-Seite führt seit über einem Jahr Bryant Calvert aus Wideman (Arkansas, USA) an – ein einschlägig bekannter Neonazi, der am Szene-Merchandising mit dem neonazistischen Tightrope-Versand – und zuvor Panzerfaust Records – verdient.

Rudolf Kleinschmidt

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Praktizierte Solidarität

Die bulgarische Bevölkerung hat sich hinter ihre verfolgten Landsleute gestellt und damit zigtausenden Jüdinnen und Juden das Leben gerettet.

Als am 1. April 1933 im Deutschen Reich der erste Test der neuen Regierung ablief, ob die Bevölkerung die judenfeindliche Politik behindern oder unterstützen werde, konnte sich die Reichsregierung zufrieden geben. Zwar hatte es vereinzelt Proteste gegen die SA-Posten gegeben, die vor jüdischen Geschäften und Praxen jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte, Steuerberater und Kunsthändler standen, aber im Großen und Ganzen beschränkten sich die Männer und Frauen darauf, weitgehend teilnahmslos zuzuschauen. Ähnliches wiederholte sich im November 1938 bei der Pogromnacht, als Synagogen brannten und jüdische Geschäfte geplündert wurden. Nicht viel anders sah es in den Niederlanden, Frankreich und Belgien aus, als nach der Unterwerfung die Deportation der Juden begann. Die meisten Leute gafften oder schlossen die Gardinen.

Bekundungen der Solidarität bildeten die Ausnahme. So konnten von 1942 an in ganz Europa die Güterzüge rollen – nach Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Sobibor, Chelmno. Auch in den mit dem „Dritten Reich" befreundeten Staaten auf dem Balkan, etwa in Rumänien und Ungarn, lief alles nach Plan – mit einer Ausnahme. In Bulgarien protestierten tausende von Bürgern gegen Pläne, die bulgarischen Juden zu verschleppen, und so brauchte die Rote Armee, als sie vor 55 Jahren, im September 1944, Bulgarien befreite, keine Todeslager zu räumen. Es gab sie nicht. Zwar waren Ungarn, Rumänien und Bulgarien dem Dreimächtepakt Deutschland, Italien und Japan beigetreten und mussten sich wiederholt deutschen Entscheidungen unterwerfen, aber Bulgarien konnte einen Sonderstatus erzwingen. Sofia hatte zwar im März 1941 sein Territorium für den deutschen Aufmarsch zum Balkankrieg zur Verfügung gestellt und dafür Teile von Jugoslawien und Griechenland bekommen. Aber dem Krieg gegen die UdSSR verweigerte sich dieser Staat erfolgreich – trotz massiven Drucks aus Berlin.

Antisemitismus hatte in Bulgarien nie eine große Rolle gespielt. Ministerpräsident Bogdan Filov folgte den Anweisungen von Zar Boris III. meist ohne Widerspruch und hin und wieder auch am Parlament vorbei. Beide fühlten sich Deutschland eng verbunden, weil sie gemeinsam zu den Verlierern des Ersten Weltkrieges gehörten. Bulgarien hatte im Friedensvertrag weite Gebiete an andere Staaten abtreten müssen. Diese hoffte Sofia nun mit deutscher Hilfe zurückzubekommen. Den Anfang machte Hitler mit einer Anweisung vom 1. März 1941, durch die Bulgarien eine Provinz von Rumänien zurück bekam. In der absurden Hoffnung, bald zu Großbulgarien werden zu können, erklärte Bulgarien zwar Frankreich und Großbritannien den Krieg, nicht aber der UdSSR. Der bulgarische Zar Boris befürchtete, seine slawophile Bevölkerung würde das nicht mitmachen.

„Im Namen der Zivilisation"

Am 7. Oktober 1940 hatte die Regierung von Filov das „Gesetz zum Schutz der Nation" verabschiedet, das die Rechte der Juden stark einschränkte. Daraufhin schickte eine Gruppe einflussreicher jüdischer Schriftsteller einen Protestbrief an die Regierung. „Im Namen der Zivilisation und im Interesse des guten Namens Bulgariens appellieren wir an Sie, das Gesetz nicht zu akzeptieren, dessen Auswirkungen einen dunklen Flecken auf unsere Gesetze werfen und ein unerträgliches Zeichen in unserer nationalen Erinnerung hinterlassen würde." Der bulgarische Ärzteverband und der bulgarische Anwaltsverband schlossen sich dem Protest an, desgleichen führende Politiker von rechts und links, die Apotheker, die Organisation der Reserveoffiziere und andere Gruppen. Nachhaltig protestierte auch der oberste Rat der orthodoxen Kirche Bulgariens – also ein breites Bündnis. Dennoch nahm das Parlament das Gesetz am 21. Januar 1941 an, das im Wesentlichen den „Nürnberger Gesetzen" entsprach. Trotzdem wurden Juden hier und da in Ghettos gezwungen, einige auch deportiert, aber das Gros entkam den Gaskammern. Es waren etwa 50 000 Menschen.

Die Geschichte Bulgariens während des Zweiten Weltkrieges ist noch nicht gründlich erforscht. Hier liegt noch einiges im Dunklen, unter anderem die Rolle von Zar Boris III. Er zählt bis heute zu den Beschützern der bulgarischen Juden. Ihr Überleben aber verdanken sie den Landsleuten – einmalig in der Geschichte des Holocaust.

Heiner Lichtenstein

„Brutales Vorgehen“

Eine Ausstellung dokumentiert die Verbrechen der Wehrmacht in Polen.

„Der deutsche Soldat“, so beginnt das erste der „Zehn Gebote für die Kriegführung“ im Soldbuch jedes Wehrmachtsangehörigen, „kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörungen sind seiner unwürdig“. Dass dies vom ersten Tag des Überfalls Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 nicht galt, sondern die 55 Tage, in denen die besetzten Gebiete unter Wehrmachtsverwaltung standen, vielmehr den Auftakt zum Vernichtungskrieg in Osteuropa bildeten, dokumentiert eine Wanderausstellung, die das Deutsche Historische Institut in Warschau mit dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens konzipiert hat, mit einer Fülle von Beweisen und in erschreckender Deutlichkeit.

Die Vorbereitungen zum Krieg begannen Monate vorher. Am 28. April 1939 kündigte Hitler den 1934 mit Polen geschlossenen Nichtangriffspakt, am 23. Mai erläuterte er vor führenden Militärs den „Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“. Letzte Direktiven erhielten sämtliche auf dem Obersalzberg versammelten Befehlshaber der für den Angriff bereitgestellten Armeen von ihm am 22. August: „Brutales Vorgehen ... Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.“ Merkblätter des Oberkommandos der Wehrmacht stimmten die Soldaten auf den „hinterhältigen Charakter des Slawen“ ein und leiteten aus dem Generalverdacht – „Die polnische Bevölkerung ist fanatisch, verhetzt und zur Sabotage sowie zu Überfällen fähig“ – die Notwendigkeit zu „rücksichtslosem Durchgreifen“ ab.

Terrorangriffe aus der Luft auf hunderte von Städten und Ortschaften, in denen keine polnischen Truppen stationiert waren, gehörten zu dem Angriffsplan. Sie sollten Panik hervorrufen, die Bevölkerung demoralisieren und dienten zudem der Erprobung neuer Waffensysteme. Tausende von Zivilisten fielen ihnen zum Opfer, zahlreiche Orte wurden zerstört.

Da sämtliche Einwohner als potenzielle Feinde galten, verfügte das Oberkommando der Wehrmacht, alle männlichen Zivilisten im Alter zwischen 17 und 45 Jahren „vorsorglich“ festzunehmen: „Verdächtige werden erschossen“. Lokale Würdenträger, Priester, Geschäftsleute wurden als Geiseln genommen, um sie bei örtlichem Widerstand zu erschießen. Wie im Einzelnen und für welche Vorfälle dies geschah, lag im Ermessen der Kommandeure. So wurden in Bromberg in wenigen Tagen 370 polnische Bürger erschossen. Im selben Zeitraum waren zwei deutsche Polizisten ums Leben gekommen und zwei Soldaten verwundet worden. Tausende von Zivilisten wurden erschossen und hunderte von Ortschaften niedergebrannt, weil man die Einwohner als Freischärler verdächtigte. Doch in den Aufzeichnungen der Wehrmachtseinheiten „findet sich kein Fall, in dem einem polnischen Zivilisten nachgewiesen wäre, sich am Kampf gegen die Wehrmacht beteiligt zu haben.“, so die Autoren der Ausstellung, die zahlreiche Fälle untersucht haben.

Abscheu und Hohn galten besonders der jüdischen Bevölkerung, die drangsaliert, gedemütigt, misshandelt und zu entwürdigenden Zwangsarbeiten herangezogen wurde; auch die Fotos und Bildunterschriften in den privaten Alben vieler Soldaten belegen dies. Gängig war das mit Gewalt vorgenommene Abschneiden des Bartes, Plünderung und Vergewaltigung galten als Kavaliersdelikt. Massaker (über das in Konskie am 12. September 1939 berichtet sogar die zufällig mit ihrem Kamerateam anwesende Leni Riefenstahl) wurden selten geahndet, und wer wirklich verurteilt wurde, kam in den Genuss der von Hitler am 4. Oktober verfügten Generalamnestie. „Die Ermordung von tausenden polnischer Juden sowohl durch deutsche Polizisten als auch durch deutsche Soldaten ist in der Forschung heute unbestritten“, resümiert der Katalog. Zwar riefen die Exekutionen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei Proteste bei höheren Militärs hervor, die kritischen Stimmen verstummten jedoch, als bekannt wurde, dass die Liquidation vor allem der polnischen Eliten von Hitler abgesegnet worden war. Der vorzügliche, großformatige Katalog enthält drei Überblickskapitel und alle Texte und Bilder dieser unbedingt sehenswerten Ausstellung.

Bis zum 22. November 2009 im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst (www.museum-karlshorst.de).

Ausstellungskatalog, hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Warschau, Redaktion: Jochen Böhler, 145 Seiten, in der Ausstellung kostenfrei.

Theo Meier-Ewert

Neonazi verlässt DVU

Berlin – Nachdem sich DVU-Chef Matthias Faust von einem Aufruf zur antiisraelischen Al-Quds-Demonstration auf der Homepage seines Berliner Landesverbandes distanziert hatte, hat Detlef Nolde, der für die Internetseite verantwortlich zeichnete, die Partei verlassen. Auf der Homepage waren des Öfteren Texte in antisemitischem Jargon erschienen, ohne dass eine öffentliche Reaktion Fausts bekannt geworden wäre. Nach dem Demonstrationsaufruf ließ der DVU-Vorsitzende allerdings wissen, dies stelle „eine Einzelmeinung in der DVU dar und entspricht nicht der Parteiauffassung, für die ich stehe". Die DVU werde „nicht zu einer solchen Demonstration aufrufen, weil ich es als völlig unpassend empfinde, dass Islamisten auf deutschen Straßen ihre Interessen durchsetzen wollen". Nolde sah in dieser Stellungnahme „die letzte Bestätigung, dass die Parteiführung nicht gewillt ist, sich gegen USraelische Fremdbestimmung und Weltherrschaftsanmaßung zu positionieren". Zugleich beklagt sich Nolde, der in seinem politischen Vorleben bereits Mitglied der NPD, der FAP und der Republikaner war, über die mangelnde Unterstützung des Bundesvorsitzenden bei seinem Versuch, den Berliner DVU-Landeschef Torsten Meyer aus dem Amt zu drängen. Faust habe ihn in dieser Angelegenheit „fortlaufend angelogen". (ts)

Kandidatin mit Vergangenheit

Tübingen – Bei der Bundestagswahl am 27. September tritt im Wahlkreis Tübingen, Baden-Württemberg, Edda Schmidt (Bisingen) für die NPD an. Schmidt (Jg. 1948) ist seit über 40 Jahren im rechtsextremen Spektrum aktiv. Sie trat 1967 dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) und im Folgejahr der NPD bei. 1984 folgte ihr Austritt aus der NPD, zu der sie 1999 wieder zurückkehrte. 15 Jahre lang war Schmidt führend in der 1994 verbotenen Neonazi-Truppe „Wiking-Jugend" (WJ) aktiv; unter anderem amtierte sie 10 Jahre lang als „Schriftleiterin" des „Wikinger". Zeitweilig leitete Schmidt auch den Buchdienst der rassistischen „Artgemeinschaft". Im September 1991 nahm Schmidt mit ihrem Ehemann Hans an einer vom einstigen SS-Recken und Holocaust-Leugner Thies Christophersen konspirativ organisierten Veranstaltung im französischen Haguenau teil. Seit dem Jahr 2000 gehört Schmidt mit kurzer Unterbrechung dem baden-württembergischen NPD-Landesvorstand an. Daneben ist sie im Bundesvorstand der NPD-Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen (RNF) aktiv. Edda Schmidt wurde wegen Verunglimpfung des Staates, wegen Gewaltdarstellung, Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung verurteilt. Sie ist die Tochter von Sepp Biber, vormals Freiwilliger der SS-Division „Hitlerjugend" und später stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg sowie Kader der „Wiking-Jugend". (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de